



WENN DIE "LIEBE ZU DEN FREMDEN" MAßLOS ÜBERTRIEBEN WIRD

Ist es notwendig, „Geflüchtete“ derart in Luxus zu betten?

Von CANTAL00P | Schon des Öfteren wurde [dieser Sachverhalt hier](#) und auch an anderer Stelle thematisiert. Geändert hat sich seitdem nichts Grundlegendes. In vielen (teuren) süddeutschen Ballungszentren wird der Wohnraum allmählich knapp, die Baumöglichkeiten sind begrenzt – und die Anzahl der Neubürger, auch mit speziellen Bedürfnissen, wird täglich größer.

Der Bund delegiert diese Verantwortung bekanntermaßen an die Kommunen weiter, um selbige mit der Umsetzung des hinter verschlossenen Türen ausbaldowerten „Migrationspaktes“ oft heillos zu überfordern. Der mündige Bürger indessen erfährt in der Regel nur noch das, was sich ohnehin nicht mehr leugnen lässt. Bislang hat diese perfide Taktik bestens funktioniert.

Wer im süddeutschen Raum, insbesondere in der Regionalität Tübingen/Stuttgart, dort wo viele innovative High-Tech-Firmen ansässig sind, nach bezahlbarem Wohnraum Ausschau hält, braucht Nerven, Zuversicht, einen guten Leumund – und nicht zuletzt einen prall gefüllten Geldbeutel.

Die Machtlosigkeit kritischer Bürger gegenüber den linken Obrigkeiten

Es sei denn, man gilt als „geflüchtet“ und hat den diesbezüglich wachweichen Behörden bereits einen „Bleibestatus“ abgetrotzt. Dann kann man nämlich auch im überaus beliebten Tübingen, oder der nahen Peripherie durchaus in den Genuss kommen, fortan einen Neubau-Erstbezug der höchsten Qualitätsgüte als seine Adresse angeben zu können. Nur auf Basis der Flüchtlings-Sozialhilfe, versteht sich. Plus der ohnehin dazugehörigen Voll-Alimentierung sämtlicher anderer Bedürfnisse.

So siedelt man Menschen, von denen nicht wenige noch vor kurzer Zeit in selbstgezimmernten Lehmhütten gehaust haben, schnurstracks in „barrierefreie“ Komfort-Destinationen um, die nach den neuesten Erkenntnissen von Baubiologie und Ökologie erstellt wurden. Hier muss man nicht, so wie es viele der Migranten noch gewohnt sind, Abbruch-Holz und ölige Lumpen sammeln um nicht zu erfrieren, sondern man regelt Temperatur, Klimatisierung und andere Annehmlichkeiten mit einer Smartphone- App.

Somit sind viele der einziehenden und zumeist muslimisch geprägten Großfamilien und Clans oftmals schon mit Bedienung und Pflege der exklusiven Unterkünfte heillos überfordert. Dementsprechend gestalten sie ihre Wohn-Bedürfnisse so, wie sie es von jeher gewohnt sind. Defäkiert wird oftmals da, wo man sich gerade befindet. Der Müll wird nicht selten direkt aus dem Fenster geworfen – und die gewünschte Raumtemperatur regelt man der Einfachheit halber mit dem Fenster. Ein Blick auf die französischen Banlieues genügt vollauf, um zu erkennen, wie sich abgeschottete muslimische Enklaven in der Regel entwickeln, selbst innerhalb von „weltoffenen“ Städten.

Schwäbisch – Superkorrekt

Doch zurück zum Titelbild; um sich eine Bleibe im Öko-Dorf

Hirschau, stilecht mit Bioladen, Greenpeace-Büro, sowie streng blitzüberwachter Tempo 30 Zone leisten zu können, muss man als Werktätiger schon einiges richtig gemacht haben. Ein durchschnittliches Single-Einkommen reicht hier bestenfalls für eine 1-Zimmer Wohnung im Hinterhof.

Aber nicht, wenn sie den Status von „Geflüchteten“, vielleicht noch mit pflegebedürftigen Angehörigen, innehaben. Dann öffnet sich das staatliche Füllhorn nahezu unbegrenzt – und bietet auch absehbar lebenslang zu unterstützenden Kostgängern, die oftmals bar jeder Bildung ins Land geschlüpft sind, einen Komfort, wie es sonst eigentlich nur Leistungsträgern, Wertschöpfern, oder bestenfalls Geschäftsreisenden vorbehalten ist.

Es mag durchaus gute Gründe geben, weshalb diese spezielle Art der Nobel-Unterbringung in Tübingen und auch anderen Orten genau so praktiziert wird. Aber die himmelschreiende Ungerechtigkeit, insbesondere allen rechtschaffenen „Arbeitenden“ gegenüber, wird gleichwohl nicht länger unbemerkt bleiben. Und Neid ist bekanntlich auch eine deutsche Tugend, wenngleich auch keine Gute.

Die Normalität wird Stück für Stück abgetragen

Denn selbst im grünen Idyll am Neckar, wo bislang ein „gesundes linkes Volksempfinden“ als einzige Legitimation für politische Entscheidungen genügt hat gilt; wer als „Obrigkeit“ die vom Bund zugewiesenen Flüchtlinge in bezugsfertige Luxus-Immobilien von Millionenwert „umsiedelt“, aber im Umkehrschluss einheimische Bewohner und Häuslebauer mit Vorschriften, Geboten und Regularien regelrecht gängelt, der wird irgendwann einen erhöhten Erklärungsbedarf hinsichtlich seiner Wählerschaft haben. Zumindest denjenigen gegenüber, die nicht von Transferleistungen abhängig, oder in Staatsdiensten tätig sind.

Und das wird auch der „Enteignungs-Oberbürgermeister“ Palmer

mit seinen honorablen Absichten, nebst seiner Verbots-hyperaktiven Grünpartei hoffentlich irgendwann spüren.

„Wir heißen sie willkommen, wir kleiden sie ein, wir ernähren sie. Spielt es da noch eine Rolle, dass sie nicht auf Panzern einrollen?“



Illegale Afrikaner blockieren Terminal des Pariser Flughafens

Von CHEVROLET | Deutschland den Deutschen? Nein, das gibt es nicht mehr, seit Merkel die Türen für alle und jeden öffnete. Deutschland für alle, lautet ihr Motto. Vor allem das, was die Deutschen erwirtschaftet haben, dürfen alle, die es wollen, in Selbstbedienung mitnehmen.

Und in Frankreich? Da erklingt seit Sonntag am Flughafen Charles-de Gaulle im Terminal 2 der Ruf „Frankreich gehört nicht den Franzosen. Jeder hat das Recht hier zu sein“. Das skandieren rund 500 illegale Einwanderer, überwiegend Afrikaner, wie Bilder belegen, auf dem Flughafen, die das Terminal 2 blockierten und verhinderten, dass Flugpassagiere an Bord ihrer Flüge gelangen konnten.

Hinter der Aktion steckt die Pro-Migrations-Gruppe „La

Chapelle Debout“, die sich dafür einsetzt, dass jeder, auch abgelehnte Asylforderer, in Frankreich bleiben können.

In Anlehnung an die Volksbewegung der Gelben Westen nennen sich die Demonstranten „Schwarze Westen“. Sie fordern auch, dass die Fluglinie Air France sich nicht an Rückführungen, in Frankreich offen Deportationen genannt, beteiligt, und jegliche finanzielle, materielle, logistische oder politische Unterstützung einstellt, wie es [auf Facebook](#) heißt.

Die Zeitung [„Le Parisien“](#) berichtet, dass der CDG-Flughafen deshalb ausgewählt wurde, weil sich in dessen Nähe ein Abschiebe-Zentrum befindet, wo Illegale vor ihrer Deportation untergebracht würden.

Plusieurs centaines de sans papiers envahissent le Terminal 2 de l'aéroport Roissy pour dénoncer les expulsions et le traitement des sans papiers. Utilisation de gaz lacrymogènes par les policiers.

Ils veulent parler au PDG d'Air France et au premier ministre Edouard Philippe. pic.twitter.com/DGNLJGVf1o

– Remy Buisine (@RemyBuisine) [19. Mai 2019](#)



Schweden fürchtet Familiennachzug

Von CHEVROLET | „Familiennachzug“, ein Schlagwort, das das Nachholen von „Familienangehörigen“ durch die „Flüchtlinge“ der vergangenen Jahre bedeutet. Da arabische, afrikanische und generell moslemische Familien zumindest „recht groß“ sind und inzuchtbedingt durchaus mal ganze Dörfer umfassen können, oder auch gleich mal eine Handvoll Ehefrauen und entsprechend dutzende Kinder, können das sehr viele Menschen werden, die sich da leistungsfrei im deutschen Sozialsystem einnisten werden.

Aber die großartigen Politiker sagen, dass es gar nicht so viele werden.

In Schweden, wie Merkel-Land auch nicht gerade bekannt für Ehrlichkeit in Sachen „Flüchtlinge“ und der Folgen der Invasion, bekommt man langsam aber Angst, was da über das Land von Pippi Langstrumpf, Volvo und IKEA hereinbrechen könnte.

Anders Knappe, der Vorsitzende des schwedischen Städte- und Gemeindebundes SKL, warnte das Land vor einer neuerlichen Migrantenkrisis durch den „Familiennachzug“, der auch als Ketten-Migration bezeichnet wird. Schwedens Kommunen würden nicht in der Lage sein, die daraus entstehenden gigantischen Kosten zu stemmen, [berichtet „Aftonbladet“](#).

„Auf Schweden kommt die zweite Welle des Flüchtlingszuzugs zu, die Familieneinwanderung. Wir wissen aber nicht, wie groß diese Welle wird. Sie kann sehr stark sein und Zahlen wie 2015 und 2016 erreichen.“ Der größte Teil der Familien-Einwanderung wird sicher zunächst in die Kommunen führen, die jetzt schon eine angespannte Situation haben, so Knappe.

Einige Kommunen im Land spüren bereits jetzt die Folgen der ungehemmten Einwanderung Versorgungssuchender. Urban Hansson

Brusewitz, der Chef des Nationalen Instituts für Wirtschaftsforschung (KI) sagte bereits voraus, dass es dazu kommen würde, dass die Kommunen die Steuern drastisch erhöhen müsste, kurzum eine Entwicklung, die ja auch auf Deutschland zukommt, wo die Regierung ja bereits eine CO2-Steuer ins Auge gefasst hat, durch deren Einnahmen die Versorgung der Kostgänger gesichert werden könnte.

Anders Knapes Kritik wurde natürlich vom Gutmenschen-Komplex in Schweden sofort zurückgewiesen. Fredrik Söderberg, Sprecher der Migrationsbehörde: „2019 erwarten wir, dass etwa 27.000 Menschen kommen, danach nur noch 20.000 in den Jahren 2020 und 2021.“ Das wären dann so viel wie 2016 und 2017, als 68.000 Menschen an die schwedischen Fleischtöpfe drängten.

Anders Knappe dagegen warnte, dass die Migrationsbehörde schon in der Vergangenheit mit ihren zu niedrigen Zahlen falsch lag. Der Familiennachzug werde unterschätzt und man müsse sich auf große Zahlen von Menschen vorbereiten, die es sich im Sozialsystem bequem machen wollten.

Schwedens Migrationsminister Morgan Johansson dagegen freut sich auf die Massen von „Familienangehörigen“, denn dies sei [gut für die Integration](#).



Sinzheim (Schwarzwald): Nackte Afrikanerin ohrfeigt Passantin

Von EUGEN PRINZ | Wer schon immer mal grund- und kostenlos von einer unbedeckten Schwarzen geohrfeigt werden wollte, war am Donnerstag Vormittag im [Ortszentrum von Sinzheim](#) goldrichtig. Dort flanierte gegen 9.30 Uhr eine 43-jährige, dunkelhäutige Grazie nackt und laut schreiend auf dem Marktplatz und ohrfeigte eine Passantin, die sich ihr in den Weg stellte (im Video bei 0:23 min). Es dauerte nicht lange, bis dieses Spektakel eine Menge dankbarer Zuschauer gefunden hatte. Damit auch die etwas jüngeren in den Genuss ihres Revuekörpers kommen konnten, machte die Dame auch noch einen Abstecher auf den Pausenhof der angrenzenden Lothar-von-Kübel-Grundschule.

Schwierigkeiten bei der Festnahme

Bei der schwäbischen Polizei kam das offenbar nicht ganz so gut an, daher rückten Beamte des Polizeipostens Baden-Baden-Oos mit mehreren Streifenfahrzeugen aus, um das Model festzunehmen. Dieses Vorhaben erwies sich jedoch als nicht ganz einfach, weil die Gute trotz intensiver Bemühungen der einfühlsamen Beamter nicht zu beruhigen war. Daher musste das Problem mit einem Paar Handschellen gelöst werden. Mittels einer Wolldecke wurde anschließend die Sittsamkeit der Göttin mit dem Alabasterkörper wieder hergestellt. Und damit so etwas nicht so schnell wieder passiert, ging es ab in eine psychiatrische Fachklinik, unter Polizeibegleitung, versteht sich.

Ein Hoch auf die Pressestelle des Polizeipräsidiums Offenburg

Und jetzt wird es Zeit für eine Lobeshymne auf die Pressestelle des Polizeipräsidiums Offenburg, die für diesen schwierigen Fall zuständig ist. Von dort war zu erfahren, dass

bei dem Vorfall zwei Passanten aus nicht näher erläuterten Gründen leicht verletzt wurden.

Nun, die Gründe hierfür können im Beitragsvideo besichtigt werden. Insofern erfahren PI-NEWS Leser also wieder einmal mehr, als die Polizei preisgibt. Aber auch sonst ist diese „Pressestelle“ ein herausragendes Beispiel für eine Fehlbenennung. Als der Autor dort anrief, um einige Details zu erfragen, wurde er gebeten, eine schriftliche Anfrage zu stellen. Dies tat er dann auch:

„Bitte beantworten Sie mir folgende Fragen:

Handelt es sich bei der Frau um eine Deutsche, schon länger in Deutschland lebende Ausländerin oder um eine Asylbewerberin?

Falls eine der letzten beiden Punkte zutrifft, aus welchem Land kommt sie und wie lange ist sie bereits in Deutschland?

Wie ist der gegenwärtige Aufenthaltsstatus?“

Dann die Antwort der Pressestelle:

„Den Vorfall können wir Ihnen gerne bestätigen.

Für Informationen zum Sachverhalt können Sie mir gerne anrufen.“

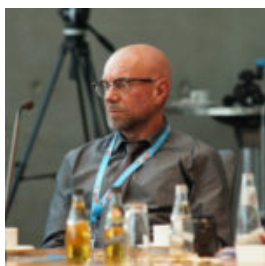
Das tat der Autor dann auch gerne und rief die „mir“ an. Bei dem Telefonat erklärte dann jedoch die Pressesprecherin, dass sie aus „Neutralitätsgründen“ (was immer das auch bedeuten mag) keinerlei Auskünfte zu den gestellten Fragen erteilen könne. Warum sie das nicht gleich per Email mitgeteilt hat, bleibt klügeren Leuten als dem Autor vorbehalten zu verstehen.

Teurer Spass für die Steuerzahler

Als nächstes stellt sich die Frage nach dem Motiv für die Ohrfeigen. Handelte es sich um die gerechte Strafe für jene, die dumm genug waren, eine Regierung zu wählen, die alle und jeden unkontrolliert ins Land lässt? Wäre wünschenswert, ist aber wenig wahrscheinlich. Im Vordergrund steht wohl eine psychische Erkrankung, die – wie wir alle wissen – bei diesem

Personenkreis sehr, sehr selten vorkommt. Das Dumme für den Steuerzahler ist, dass der Aufenthalt in einer psychiatrischen Fachklinik im Monat mit knapp 10.000 Euro zu Buche schlägt und es bei solchen Psychosen gerne zu Rezidiven kommt.

Falls es sich bei unserer schwarzen Lady um eine „Schutzsuchene“ handelt, was nicht ganz unwahrscheinlich ist, wird sie dem hart arbeitenden deutschen Schlaf-Michel noch eine Menge Geld kosten. Aber dem Finanzminister fällt schon etwas ein. Die CO2-Steuer ist ein heißer Tipp. Dieseln für die Klappe, heißt es dann...



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Wegen schlechter Noten: Migrant plante Hammermord an Lehrer

Von EUGEN PRINZ | Erhebungen aus dem Jahr 2017 zufolge hat jeder dritte der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland [keinen Schulabschluss](#). Das bedeutet, dass die Betroffenen weder ordentlich schreiben, noch lesen, noch rechnen können. Auch sonst liegen türkischstämmige Migranten, was die Bildung angeht, deutlich unter dem Durchschnitt der indigenen Bevölkerung. Ähnliches gilt auch für [Moslems im Allgemeinen](#). Über die Gründe hierfür könnte man einen eigenen Artikel schreiben, doch das bleibt einem anderen Tag vorbehalten.

Schulversagen: Schuld ist immer die Lehrkraft

Ihr Ehrbegriff und der damit verbundene Männlichkeitswahn machen es moslemischen Jungen schwer, im Falle eines Schulversagens die Schuld bei sich selbst zu suchen. In solchen Fällen wird lieber die Lehrkraft verantwortlich gemacht, manchmal mit allen Konsequenzen. Diese Erfahrung musste jetzt ein Lehrer an der Martin-Luther-King-Gesamtschule im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld machen, die laut Eigenwerbung für „Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ steht. Die ersten beiden Attribute finden häufig beschönigend bei Einrichtung mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund Verwendung.

Mordkomplott wegen schlechter Noten

Wegen schlechter Noten war die Versetzung eines 16-jährigen Schülers gefährdet. Dieser fühlte sich von dem zuständigen Lehrer (Deutsch und Chemie) ungerecht behandelt und plante deshalb, ihn zu töten. Hier stellt sich schon zum ersten Mal die Frage, in welchem Kulturkreis so eine Denke gedeiht.

Zusammen mit einem 17-jährigen Mitschüler und einem 18-jährigen Bekannten schmiedete er einen perfiden Plan. Der 16-jährige Rädelsführer und sein 18-jähriger Bekannter lockten den Lehrer unter dem Vorwand, dass dort ein Mitschüler kollabiert sei (diese Rolle übernahm der 17-Jährige), in einen in Schulnähe gelegenen Garagenhof. In dieser schwer einsehbaren Örtlichkeit wollten der 16-jährige Haupttäter und sein 18-jähriger Erfüllungsgehilfe dem Lehrer den Schädel einschlagen. Zur Ausführung der Tat hatte jeder der beiden einen Hammer dabei. Glücklicherweise hatte der Deutschlehrer „ein komisches Gefühl bei der Sache“. Er wunderte sich, dass der 16-Jährige ausgerechnet ihn um Hilfe bat, obwohl sie bereits mehrfach wegen schulischer Belange in Streit geraten waren. Mißtraurisch geworden, vermied der Lehrer, den beiden den Rücken zuzudrehen und kehrte nach Verständigung des Rettungsdienstes sofort wieder auf die Hauptstraße zurück, um auf das Eintreffen des Sankas zu warten. Daher scheiterte das Mordkomplott. Der 17-jährige Simulant ließ sich tatsächlich ins Krankenhaus einliefern, wurde aber kurz darauf bei bester Gesundheit wieder entlassen.

Das Komplott flog auf, als der 18-Jährige versuchte, sich bei einem Mitschüler ein Alibi zu verschaffen. Dieser erzählte seiner Mutter von dem Mordplan, die wiederum die Schule informierte. Die sofort eingeschaltete Polizei nahm am vergangenen Montag die Tatverdächtigen fest und durchsuchte ihre Wohnungen. Inzwischen ermittelt die Mordkommission, dem Vernehmen nach legten der 17-Jährige und der 18-Jährige ein Geständnis ab, der 16-jährige Haupttäter schweigt bisher.

Und wie immer die Frage: Handelt es sich um Migranten?

Während ja angeblich bei solchen Taten für die Berichterstattung die Ethnie der Tatverdächtigen keine Rolle spielt (Ziffer [12.1 Pressekodex](#)), interessieren sich dennoch die meisten Bürger für dieses Detail, insbesondere die Leser von PI NEWS und natürlich auch der Autor dieses Artikels. Von allen „Qualitätsmedien“ bietet nur die [BILD](#) einen entsprechenden Anhaltspunkt: Der Vorname des Haupttäters sei „Serkan“. Jetzt stellt sich die Frage, ob der Träger dieses Namens seine Wurzeln im niederbayerischen Rottal oder eher in Anatolien hat. [Wikipedia](#) suggeriert letzteres. Da sich gleich und gleich gerne gesellt, liegt die Vermutung nahe, dass auch die beiden Mittäter türkischer Provenienz sind, denn Serkan wird sich sicher lieber mit Murat und Tahir verbünden statt mit Klaus und Peter.

Es ist höchste Zeit, gegenzusteuern!

Der Autor hat den Eindruck, dass Flüchtlinge und Migranten, insbesondere aus dem islamischen Kulturkreis, überproportional häufig im Zusammenhang mit Aufsehen erregenden Straftaten in Erscheinung treten. Der Pressekodex, statistische Spielereien und Ausreden aus dem Bereich des „Opferschutzes“ verhindern wirksam, dass das wahre Ausmaß des Problems der Bevölkerung zur Kenntnis gelangt.

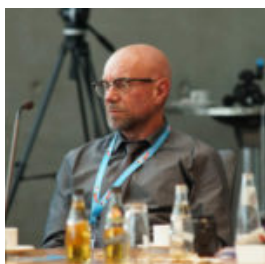
Deshalb muss zunächst einmal die Ziffer [12.1 des Pressekodex](#) ersatzlos gestrichen und die Polizei verpflichtet werden, in den Pressemitteilungen den ethnischen Hintergrund der Tatverdächtigen ohne Ausnahme zu nennen, auch bei Kindern und Jugendlichen.

Nur wenn sich die Bevölkerung der tatsächlichen Tragweite des Problems bewusst wird, entsteht bei der Politik der erforderliche Handlungsdruck. Es ist an der Zeit, jede, aber auch wirklich jede Aufenthaltsgenehmigung auf den Prüfstand zu stellen, auch die unbefristeten. Wenn jemand als Ausländer für

dieses Land und seine Bewohner eine Gefahr darstellt, dann muss er gehen. Auch wenn er hier geboren ist und schon lange in Deutschland lebt.

Die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit und die bereits vollzogenen Einbürgerungen müssen ebenfalls auf den Prüfstand gestellt werden. Nur so können wir verhindern, dass in Deutschland Verhältnisse einkehren, wie sie in den Ländern herrschen, die die Moslems verlassen haben, weil es dort für sie nicht lebenswert ist.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass das Trio wieder auf freiem Fuß ist, da keine Haftgründe vorliegen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Stuttgart: Kirchen demonstrieren für Asyl und offene Grenzen

Am Mittwoch demonstrierte die Evangelische Kirche in Stuttgart als „Diakonie Württemberg“ für ein Asyl- und faktisches Bleiberecht für alle. Mit im Boot als Juniorpartner saß auch die katholische Kirche in Gestalt der Caritas. Hunderte Stühle wurden dafür verunstaltet und teilweise mit der für die Asylindustrie typischen Parolen wie „Heimat für alle!“ oder „Stadt ohne Rassismus!“ beschmiert.

Verunziert wurden die Stühle von Flüchtlingsinitiativen, Kirchengemeinden (was im Prinzip vielerorts das gleiche ist) und Diakonischen Einrichtungen. Kinder und Jugendliche wurden in Kindergärten und Schulen dafür ebenfalls missbraucht und mussten sich der Asylindustrie (in der Unterrichtszeit?) für die Aktion zur Verfügung stellen. Auch einige Unternehmen und Kommunen sollen das Treiben aktiv unterstützt haben.

Warum die Kirchen oft zurecht als Vorfeldorganisation linker und grüner Parteien gesehen werden, wurde beim Blick in die ausgelegten Informationsmaterialien und Plakate mehr als offensichtlich. Bezeichnungen wie „vielfältige Gesellschaft“, „Flüchtlingsschutz“, „Solidarität und Teilhabe“ oder die Forderung nach „Recht auf Asyl“ wurden hier genauso als

Schlagworte und in entsprechendem Kontext verwandt wie sonst auch bei anderen linken Organisationen und Parteien.

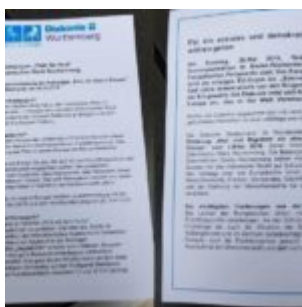
Propagiert wird in den Flugblättern der Kirchen eine „offene Gesellschaft“, die die Kirchen mithilfe einer offensichtlich ungezügelter Einwanderung durchzusetzen erhoffen. Dass hierbei meist muslimische Migranten und keine christlichen Flüchtlinge nach Europa kommen, scheint den beiden großen Kirchen schlichtweg egal zu sein. Die durch den massenhaften Zuzug radikaler Muslime sich verändernde Gesellschaft fällt den in ihren Blasen befindlichen „Schäfchen“ wahrscheinlich erst dann auf, wenn der Wolf zuschnappt. Dann ist es allerdings zu spät – wie die praktische Ausrottung des Christentums in der muslimischen Welt von Land zu Land wiederholt gezeigt hat. Aber manche wollen und können aus der Geschichte nichts lernen – die Kirchen gehören zweifelsfrei dazu!



In den offiziellen Begleitschreiben der Diakonie Württemberg wird zum Beispiel nach dem „Grundsatz der Nichtzurückweisung“

gefordert, nicht eine einzige Person an den europäischen Außengrenzen zurück zu weisen. Protagonisten und Profiteure der Asylindustrie werden als „wichtige Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft“ umgedeutet. Diese würden „Schutzsuchenden wichtige Hilfe und Unterstützung bieten“, so die Diakonie Württemberg, die eine Stärkung dieser Strukturen durch staatliche Mittel fordert.

Schützenhilfe gibt die Kirche auch den als „Seenotrettern“ deklarierten Schleppern im Mittelmeer, deren illegale Tätigkeit kan nicht „kriminalisieren“ solle. Das steht im Text aus juristischen Gründen natürlich nicht wörtlich so, ist aber im Kontext der Aufzählung so zu entnehmen. Und weil man für die Neubürger besonders dankbar sein soll, wird explizit gefordert, den „Flüchtlings“ mit „Wertschätzung“ zu begegnen.



Keine einmalige Aktion

Weil die Propaganda für den weiteren Zustrom von Menschen aus

kulturfremden Ländern weiter gehen soll, wird die Aktion auch fortgesetzt. Beim Europawahlkampf, dem Weltflüchtlingstag am 20. Juni und zur interkulturellen Woche in Stuttgart im September.

Wie eng verflochten die Kirchen mittlerweile mit Organisationen aus dem linken und linksextremen Milieu sind, zeigt ein gemeinsamer Flyer, der zu einer Demonstration gegen ein Europa der Vaterländer (gegen „Nationalismus“) aufruft, der vor Ort ebenfalls verteilt wurde.

Auf der Rückseite sind neben der Antifa Organisationen wie der VVN-BdA (wird vom Verfassungsschutz als [linksextremistisch eingestuft](#)) und das Logo der evangelischen Diakonie und der katholischen Caritas abgebildet.



Da verwundert es auch nicht, dass einer der einflussreichsten Antifa-Führer (Jens Heidrich) bei der evangelischen Kirche in Stuttgart als [Kindergärtner](#) und in der [Mitarbeitervertretung](#)

beschäftigt und finanziert wird.



Österreich: Kopftuchverbot für Mädchen an Grundschulen

Die österreichische Regierung hat ein Gesetz verabschiedet, das es untersagt, dass Mädchen in der Grundschule ein Kopftuch tragen. Die Maßnahme gegen die Unterdrückung von Mädchen führte sofort bei denen zu Aufregung, die sich sonst mit schriller moralischer Überheblichkeit für Frauenrechte einsetzen. Wenn andere das machen, sogar noch gegen den sakrosankten Islam, dann ist das allerdings nicht erwünscht. Die [FAZ](#) schreibt:

Das österreichische Parlament hat ein Kopftuchverbot für Grundschulkindern beschlossen. Mit dem neuen Gesetz, für das am Mittwochabend die Abgeordneten der Regierungskoalition aus der konservativen ÖVP und der rechtspopulistischen FPÖ stimmten, wird „das Tragen weltanschaulich oder religiös geprägter Bekleidung, mit der eine Verhüllung des Hauptes verbunden ist“, künftig untersagt.

Die Regierung hat aber klargestellt, dass sich das Gesetz nur gegen das islamische Kopftuch richtet – und nicht gegen die jüdische Kippa und die Patka der Sikhs.

Der bildungspolitische Sprecher der FPÖ, Wendelin Mölzer,

sagte, mit dem Kopftuchverbot solle ein Signal gegen den politischen Islam gesetzt werden. Der ÖVP-Abgeordnete Rudolf Taschner sagte, es gehe darum, muslimische Mädchen von einer „Unterwerfung“ zu befreien. Die Opposition stimmte fast geschlossen gegen das Kopftuchverbot und warf der Regierung vor, es gehe ihr nur um Schlagzeilen und nicht um das Kindeswohl.

Und worum geht es der österreichischen Opposition? Wenn Moslems ihre kleinen Töchter zwingen, ein Kopftuch zu tragen, dann sollte sie sich klar werden, dass dahinter in erster Linie zwei Absichten stecken:

1. Dem Mädchen soll bewusst gemacht werden, dass es im Gegensatz zum Jungen restriktiver behandelt wird, dass ihm engere Grenzen gesetzt werden, symbolisch bereits mit der Kleidung. Der Junge muss auch bei schönem Haupthaar kein Kopftuch aufsetzen, muss keine Kleidung tragen, die über die Knöchel reicht, er hat im Sommer die Möglichkeit, sich locker anzuziehen. Das Mädchen muss verhüllende Kleidung tragen, der Junge bleibt frei. Das Mädchen darf weniger, der Junge mehr, das Mädchen ist weniger wert. Das lernen sie beide schon von früh auf. Wie sehr die Ungleichheit der Geschlechter im Bewusstsein von Moslems verbreitet ist und auch gelehrt wird, zeigen heimlich aufgenommene Predigten (2010?) in der Green Lane Moschee in Birmingham, siehe [im Video](#) ab Minute 10:30.
2. Das Kopftuch soll die Reize des Mädchens (sic) verbergen. Wenn also Eltern ihren kleinen Mädchen ein Kopftuch aufzwingen, gehen sie in dem Moment davon aus, dass das Mädchen geschlechtsreif ist, es hat zu dem Zeitpunkt Reize, eben das Haupthaar, das Männer anziehen könnte, so die Überlegung dahinter.

In der gerade genannten Green Lane Moschee in Birmingham wurde das so gepredigt (11:17):

Scheich Al Jibali sagt, der Hijab muss den jungen Mädchen aufgezwungen werden, wenn nötig, mit Gewalt. „Im Alter von zehn wird es für uns zur Pflicht, sie zu zwingen, einen Hijab zu tragen. Und wenn sie keinen Hijab trägt, dann schlagen wir sie.“

Unser Reporter filmte heimlich diesen Prediger, Dr. Bilal Philips, wie er religiöse Unterweisungen an Green Lane gab. In seiner Rede in der Moschee, die auch im Internet Chatroom übertragen wurde, behauptet er, dass es erlaubt ist, ein Mädchen vor der Pubertät zu heiraten. Er behauptet, der Prophet Mohammed habe ein neunjähriges Mädchen geheiratet, weswegen es auch heute erlaubt sei.

„Der Prophet Mohammed hat praktisch die Regeln zur Hochzeit vor der Pubertät unterbreitet. Mit seiner Praxis hat er klargestellt, was erlaubt ist. Und deshalb sollten wir daraus keinen Streitpunkt machen, wenn ein älterer Mann eine jüngere Frau heiratet, was heutzutage von der Gesellschaft mit Argwohn betrachtet wird.

Aber wir wissen, dass der Prophet es so praktiziert hat. Es war kein Missbrauch oder Ausbeutung, es war Ehe.

Die hier geäußerten Ansichten sind für eine freie westliche Gesellschaft inakzeptabel. Zum „politischen Islam“ werden sie aber dann, wenn die Öffentlichkeit sich an solche perversen Ausdrucksformen von Frauen- und Kinderverachtung gewöhnen soll, indem sie forciert vorgelebt werden, wenn die eigenen Töchter mit diesen Symbolen der Unterdrückung ins öffentliche Leben, in die Grundschule, geschickt werden.

Dadurch versucht man langfristig eine Gesetzgebung vorzubereiten, die der islamischen Scharia nahe kommt. Die Scharia bzw. die hinter ihr stehende Religion ist momentan die einzige auf der Welt, die ganz offiziell den Anspruch vertritt, weltliche Macht und weltliche Gesetzgebung zu gestalten, für alle Staatsbürger im jeweiligen Land.

Die österreichische Regierung hat dies richtig erkannt und die richtigen gesetzgeberischen Konsequenzen gezogen. Es ist den Moslems unbenommen, ihre Kopftücher zu Hause weiterhin stundenlang auf- und abzusetzen, soviel sie immer wollen. In einer zivilisierten Gesellschaft eines freien Landes hat das aber bei Kindern rein gar nichts zu suchen!



Blut-Samstag in Nürnberg: Geplantes Messerverbot tut bitter Not

Von EUGEN PRINZ | Nicht nur gefühlt ist seit einigen Jahren die Zahl der Messerattacken bei körperlichen Auseinandersetzungen oder grundlosen Angriffen auf unbeteiligte Bürger dramatisch angestiegen. Nun kommen die etablierte Politiker nicht mehr umhin, sich diesem ungeliebten Thema zu widmen. Ungeliebt deshalb, da hier die fatalen Auswirkung ihrer fundamentalen Fehlentscheidungen offen zutage treten. Die Leidtragenden sind die Bürger, für die „innere Sicherheit“ zum Fremdwort wird.

„Messerstecher-Statistik“ erst in einigen Jahren

Gegenwärtig arbeiten Experten an einer bundesweiten Erfassung von Messerangriffen. Dummerweise dauert laut Bundeskriminalamt die Umsetzung jedoch noch mehrere Jahre. Bis dahin kann man

sich also bequem dahinter verstecken, dass es keine belastbaren Zahlen gibt. Lediglich Niedersachsen registriert bereits seit zwei Jahren Straftaten, bei denen Stichwaffen eingesetzt werden. Dort gab es im vergangenen Jahr 3.754 entsprechende Taten.

Geplante Änderung des Waffengesetzes: Messer sollen verschwinden

So ist es auch nicht verwunderlich, dass Niedersachsen zusammen mit Bremen einen Änderungsvorschlag zum Waffengesetz in den Bundesrat eingebracht hat, der am kommenden Freitag beraten wird. Geplant sind „Messer-Verbotzonen“ wie zum Beispiel Einkaufszentren, öffentliche Verkehrsmittel, Kindergärten, Schulen und natürlich auch Fußgängerzonen. Ausgewiesen werden diese Bereiche dann von den örtlichen Behörden. Springmesser und feststehende Messer mit einer Klingenlänge von über sechs Zentimetern sollen künftig gar nicht mehr in der Öffentlichkeit mitgeführt werden dürfen. Im Falle von Zuwiderhandlungen sieht der Änderungsvorschlag die Beschlagnahme der Messer sowie Bußgelder vor, bei Springmessern sogar eine Freiheitsstrafe. Der Antrag Niedersachsens und Bremens hat gute Aussichten, angenommen zu werden.

Kunststück der Mainstream-Medien

Die Mainstream Medien, allen voran die deutsche Presseagentur (dpa), haben das Kunststück fertig gebracht, über dieses brisante Thema zu berichten, ohne auch nur einmal das Wort „Flüchtlinge“ zu erwähnen. Auf der Zunge zergehen muss man sich die Formulierung der dpa:

„Die Forderung nach einem weitreichenden Messerverbot wurde zuletzt immer wieder erhoben – besonders nach aufsehenerregenden Gewalttaten. So hatte die CDU-Fraktion im sächsischen Landtag im September ein solches Verbot für die deutschen Innenstädte ins Spiel gebracht. Zuvor hatte es in

Chemnitz einen tödlichen Angriff gegeben. Für die Tat steht seit März ein Syrer wegen Totschlags vor Gericht. Das Verbrechen löste in Chemnitz damals ausländerfeindliche Attacken aus.“

Da kann man nur sagen: Die Mainstream-Medien haben nichts, aber wirklich gar nichts dazu gelernt. Sie machen ohne Rücksicht auf Verluste mit dieser Art der Berichterstattung weiter, bis niemand mehr sie liest. Auch das ZDF hat diese [Formulierung übernommen](#). In den meisten anderen Medien wird nicht mal der Syrer erwähnt, sondern der Eindruck erweckt, das Problem läge in einer zunehmenden Verrohung der Deutschen. Glücklicherweise gibt es in den Lokalredaktionen noch Journalisten, die Ross und Reiter nennen. Dazu gehört Marcus Sauer von der Politikredaktion des Straubinger Tagblatts. Er schreibt:

„Möglichst imposante und martialische Stichwaffen, etwa mit scharfer Klinge und Wellenschliff, der besonders hässliche Wunden hervorruft, gelten unter jungen Männern gerade aus dem arabischen Raum als Symbol für Macht und Männlichkeit. Und wer sich unter Druck gesetzt fühlt, diese Männlichkeit stets durch Imponiergehabe zu beweisen, zu der auch Gewalt gehört, bei dem sitzt das Messer mitunter locker.“

So wird ein Schuh draus! Deshalb sollte man darüber nachdenken, zusammen mit den Messern auch gleich deren Besitzer zu entfernen. Und zwar nicht nur aus der Fußgängerzone, sondern gleich aus Deutschland. Aber bis das kommt, wird noch viel unschuldiges Blut zur Stärkung der arabischen Männlichkeit in deutsche Rinnsteine fließen.

Und weil es noch zum Thema passt:

Nürnberger Messerattackenserie am Samstag: PI-NEWS fragt nach

Wie übel die Situation in Deutschland inzwischen geworden ist,

zeigt die [Messerattackenserie vom vergangenen Samstag in Nürnberg](#), wo es an einem Tag unabhängig von einander zu drei Stechereien mit lebensgefährlich Verletzten kam. Da nur im dritten Fall, einem Streit in einem Asylbewerberheim, die Herkunft des Tatverdächtigen klar ist, hat PI-NEWS bei der Pressestelle des Polizeipräsidiums Nürnberg nachgefragt.

Der erste Fall spielte sich in der Fenitzerstraße im Nürnberger Osten ab. Tatverdächtig ist ein 20-Jähriger, der laut Auskunft der Pressestelle die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Daraufhin entspann sich folgender Dialog zwischen dem Autor und dem Pressesprecher:

PI-NEWS: *Hat der tatverdächtige Deutsche einen Migrationshintergrund?*

Pressesprecher: *Ich sehe hier nur, dass er Deutscher ist und das andere spielt für uns keine Rolle.*

PI-NEWS: *Kann man aus dem Namen des Tatverdächtigen den Schluss ziehen, dass er einen Migrationshintergrund hat?*

Pressesprecher: *Dazu äußere ich mich nicht.*

(Aha...)

PI-NEWS: *Und der dritte Fall in der Südstadt?*

Pressesprecher: *Der hat sich in der Allersberger Straße zugetragen. Hier ist das Opfer ein Italiener und der Täter besitzt die türkische Staatsangehörigkeit.*

Es haben also mindestens zwei, wenn nicht alle drei Tatverdächtigen einen Migrationshintergrund aus dem relevanten Zuwanderungsgebiet. Sie sehen, liebe Leser, es lohnt sich nachzufragen. Aber das machen eben nur die Freien Medien und genau deshalb sind sie so wichtig!

Der [erste Kongress der Freien Medien](#) am Wochenende hat uns gestärkt und beginnt jetzt schon, Synergieeffekte freisetzen.

Die etablierte Medienlandschaft wird sich warm anziehen müssen. Wir holen auf. Immer weiter.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Barino Barsoum über die Strategie zur Islamisierung des Westens

Die Präsenz von Muslimen im Westen soll zwei Ziele haben: 1. Unterwandern der starken nichtislamischen Gesellschaften, um Macht zu erlangen, die man in den eigenen abgehängten Ländern im Konkurrenzkampf mit dem Westen nicht erreichen würde.

2. Die islamische Missionsarbeit im Westen ermöglichen und ausbauen. Der von der al-Azhar promovierte Ägypter Yusuf al-Qaradawi sieht wohl keine realistische Chance, dass die islamischen Länder den Vorsprung des Westens aufholen können, daher stellt er die Ausbreitung der islamischen Präsenz im Westen als alternativlos dar.

Daher sei es nicht erlaubt, dass die Muslime zulassen, dass dieser starke und einflussreiche Westen nur von den Juden unterwandert und für ihre Interessen instrumentalisiert werde, und die Muslime ihnen das Feld überlassen.

(Ein Video von Al Hayat TV, Sprecher: Barino Barsoum. Weitere Videos zur Islamaufklärung auf islam-analyse.com)



Nicht der Islam ist unser Problem, sondern der Islam bei uns!

Von WOLFGANG HÜBNER | Ein so Streitbarer Kopf wie der PI-NEWS-Autor Kewil braucht nicht meine Unterstützung, das kann ich hier nur wiederholen. Aber einigen PI-NEWS-Lesern, die zum Teil wütend, ja voller Hass und mit wirklich üblen Verdächtigungen auf die [beiden letzten Texte](#) von Kewil im Kommentarbereich reagiert haben, möchte ich, mit Kewil weder persönlich bekannt noch immer seiner Meinung, zurufen: Mäßigt euch! Und führt diese wichtige Diskussion gefälligst mit Argumenten statt mit haltlosen Unterstellungen und kopflosen Vernichtungsphantasien gegen den Islam.

Ja, der Islam ist als Religion und Kultur gesellschaftlich und politisch ein großes Problem. Das größte Problem ist er jedoch in den Staaten und Völkern, in denen er dominiert. Dieses Problem kann aber nur dort gelöst werden. Militärische Interventionen oder Demokratieexportversuche von außen werden nichts Gutes ausrichten. Und am allerwenigsten werden Mächtigenkreuzritter auf bequemen deutschen Sofas etwas verändern. Eine Religion und Kultur, die einer so großen Masse von Menschen in der Welt Orientierung gibt, ist nicht mit Raketen oder Drohnen auszulöschen.

Für uns in Deutschland und im gesamten christlich geprägten Westen ist das wahre Problem der massenhaft importierte Islam und seine Unverträglichkeit mit unserer Kultur und Lebensweise. Dieses Problem ist immer noch lösbar, nämlich durch eine völlig andere Politik und Vorgehensweise gegen den importierten Islam. Bisher scheitert das an dem Unwillen der Mehrheiten in Deutschland und im Westen, eine entsprechende Politik und Vorgehensweise politisch zu unterstützen. Mit anderen Worten: Es scheitert an uns selbst! Das zu ändern, ist

notwendig und sollte Sofa-Kreuzrittern jeden Tag Ansporn sein.

Ich will es noch einmal wiederholen: Eine militärische Intervention gegen den Iran, gleich mit welcher Begründung, ist und kann [nicht im deutschen Interesse](#), im Interesse des deutschen Volkes sein. Wer das anders sieht, muss das mit sehr guten Argumenten begründen. Wo aber sind sie?



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



Abgelehnte Afghanen konnten wählen: Serbien oder nach Hause

Von CHEVROLET | Was tun mit abgelehnten Asylbewerbern, also solchen, die keinerlei Recht auf Asyl haben? In Deutschland ist das klar: hier behalten für immer, schön durchfüttern und verwöhnen. Gerade wenn sie kriminell werden, besteht das geringe Risiko, doch raus zu müssen.

In Ungarn beschreitet man jetzt einen anderen Weg. Drei Familien aus Afghanistan, die in Ungarn Asyl erbettelten, also trotz Grenzsicherung nach Ungarn kamen, beantragten Asyl. Das ist erlaubt, aber Asylanträge der Afghanen wurden sofort abgelehnt.

Und das bedeutet, dass sie weg müssen. Alle drei Familien wurden vor die Alternative gestellt, nach Serbien zu gehen, wo sie her kamen, oder in ihre Heimat Afghanistan ausgeflogen zu werden. Aber, oh Wunder, nach Afghanistan wollte keiner. Natürlich nur, weil es dort so gefährlich ist, oder vielleicht, weil man von Serbien aus einen neuen Versuch starten kann nach Ungarn und in die EU einzudringen?

Jedenfalls veranstalteten die Familien moslemtypisch ein großes Theater, als es um ihre Deportation ging, [meldet die BBC](#). Als am Dienstag die eine Familie nach Serbien deportiert wurde, schrie die Mutter wild herum: „Das ist das schlimmste

Land meines Lebens. Eines Tages werdet ihr Flüchtlinge sein wie wir und dann erinnert ihr euch an uns“, keifte sie die Polizisten an.

Eine alleinreisende Mutter mit vier Kindern schickte der BBC eine Video-Nachricht aus einem Internierungslager in Ungarn: „Wir sind legal hierher gekommen und jetzt sagen sie uns, nach Serbien zurückzugehen, obwohl Serbien uns nicht will.“ Eine 35 Jahre alte schwangere Mutter mit drei Kindern fiel zweckmäßigerweise genau beim Auftauchen der ungarischen Polizei in Ohnmacht. Die Beamten wollten sie, ihre Kinder und ihren Mann, zur Rückführung nach Serbien abholen.

Sie wurde ins Krankenhaus gebracht, während der Mann und die Kinder im Lager bleiben mussten. Wenige Stunden später wurde die Familie dann doch nach Serbien gebracht.

Eine dritte Familie aus Afghanistan wurde mit einem Gefangentransporter an die Grenze gebracht und an Serbien übergeben. Dort kamen alle in Lager für illegale Migranten.

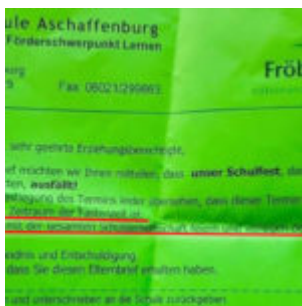
Ungarn erlaubt pro Tag nur zwei Asylanträge. Entsprechend mussten die versorgungssuchenden Afghanen zwei Jahre in serbischen Camps warten, bis sie nach Ungarn zur Antragstellung durften. Allerdings besagt ein weiteres Gesetz, dass Asylanträge von Personen, die aus sicheren Drittstaaten kommen, generell abgelehnt werden. Und Serbien ist natürlich ein sicherer Staat.

Entsprechend laut ist wieder einmal der Aufschrei der „Hilfsorganisationen“ und Gutmenschen, die die Rückführung als Bruch von ungarischem und Völkerrecht bezeichnen. Während die BBC behauptet, die Rückführung nach Afghanistan sei gescheitert, gilt wohl eher abgewandelt der Merkel-Satz: „Nun sind sie halt weg“. Das ist in diesem Fall die Hauptsache.

Von einer Flüchtlings-Feindlichkeit kann in Ungarn aber keine Rede sein. Bereits 350 Flüchtlinge aus Venezuela hat das Land aufgenommen, weitere 750 sollen folgen. Allesamt sind es

Venezolaner mit ungarischen Vorfahren, denn es gab eine Einwanderungswelle von Ungarn nach Venezuela nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Ungarn-Aufstand 1956.

Dass Deutschland Venezolaner mit deutschen Wurzeln als Flüchtlinge aufgenommen hat, ist bislang nicht bekannt geworden.



Die Fröbelschule Aschaffenburg integriert sich in den Islam

Von EUGEN PRINZ | Seit einigen Tagen kursiert in den sozialen Medien das Foto eines Elternbriefs der [Fröbelschule Aschaffenburg](#). Bei dieser Einrichtung handelt es sich um ein Förderzentrum mit Förderschwerpunkt Lernen. In der Kindheit des Autors wurden solche Einrichtungen „Hilfsschule“ genannt. Grausam wie Kinder sind, benutzten wir damals den Ausdruck „Depperlgymnasium“. Dass die heutigen Gymnasien außerhalb Bayerns auf dem besten Weg sind, sich ebenfalls dieses Prädikat zu verdienen, indem sie die schulischen Anforderungen immer weiter senken, um auch dem letzten geistigen Tiefflieger das Abitur zu ermöglichen, konnte damals noch niemand ahnen. So wird dann bei der Abiturprüfung eine Mathe-Aufgabe, die 1974 ein begabter Realschüler am Ende der 10. Klasse gelöst

hätte, zum unüberwindlichen Hindernis.

Doch zurück zum Thema. In dem Informationsblatt teilt die Schulleitung den Erziehungsberechtigten mit, dass „*bei der Festlegung des Termins für das Schulfest leider übersehen wurde, dass der Termin für die muslimisch Gläubigen mitten in der Fastenzeit ist.*“ Wie aus dem Elternbrief weiter hervorgeht, wird das Fest nun in das neue Schuljahr verlegt, damit auch die Moslems mitfeiern können.

Tatsache oder „Fake-News“?

Nachdem das Pamphlet in den sozialen Medien die Runde machte, stellten sich viele die Frage: Ist es echt oder wurde wieder einmal Photoshop bemüht, um „Fake-News“ zu produzieren? Derartige Beispiele gibt es ja zur Genüge. Der Autor ist der Sache nachgegangen und hat für PI-NEWS einen Fragenkatalog an die Fröbelschule geschickt, den die Schulleitung dann auch relativ zeitnah beantwortet hat.

FR: *Ist das Informationsblatt authentisch?*

AW: *Ja.*

FR: *Wie viele Schüler besuchen Ihre Einrichtung?*

AW: *160 Schülerinnen und Schüler*

FR: *Wie viele davon sind moslemischen Glaubens?*

AW: *53 Schülerinnen und Schüler*

FR: *Von wem ging die Initiative zur Terminverschiebung nach dem Fastenmonat aus? War es eine Art von „vorausseilenden Gehorsam“ der Schulleitung oder gab es Beschwerden moslemischer Eltern oder Schüler?*

AW: *Von der Schulgemeinschaft, weil einige Eltern muslimischen Glaubens bedauert haben, nicht teilnehmen zu können, weil sie fasten. Das Fest hatte das Motto „vielfältige kulinarische Genüsse in der Gemeinschaft genießen“.*

FR: *Sind Sie der Meinung, dass eine Anpassung an die kulturelle und religiöse Gebräuche der Zuwanderer integrationsfördernd ist?*

AW: *Wir planten nur ein gemeinsames Essen für alle*

Nationalitäten, das Essen sollte von den Eltern mitgebracht/vorbereitet werden, was hat dies mit Anpassung zu tun?

FR: Gibt es Beschwerden von autochthonen Eltern über die Terminverschiebung?

AW: Nein!

FR: Wird der Fastenmonat in Zukunft grundsätzlich bei solchen Planungen berücksichtigt?

AW: Bei üblichen Schulfesten nicht, bei Festen, in denen Essen im Vordergrund steht, ja.

Ein Anhänger des generischen Maskulinums ist der Schulleiter nicht, wie die „Schülerinnen und Schüler“ beweisen. In einer Zeit, in der man noch nicht mit der Abrissbirne an die deutsche Sprache ging, waren halt alle noch „Schüler“. „Die Berühmtheit“ kann ja auch ein Mann sein, oder? Womit wir beim generischen Femininum wären, der zweiten Säule der gesunden, unverfälschten deutschen Sprache, die jetzt von Ideologen zu Tode gefoltert wird.

Sie merken, es gibt einiges, dass dem Autor auf den Nägeln brennt. Also ein zweites Mal: Zurück zum Thema!

Zunächst einmal ist bemerkenswert, dass 33,13 Prozent der Förderschüler Moslems sind. Diese Zahl liegt weit über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung und lässt Rückschlüsse darauf zu, welche Auswirkungen die weiter steigende Zahl von Menschen aus diesem Kulturkreis für unser Land haben wird.

Absage wegen einiger weniger

Wie der Antwort der Schulleitung zu entnehmen ist, waren es nur „einige“ Moslems, die sich wegen des Fastenmonats nicht in der Lage sahen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Da stellt sich schon die Frage, ob es opportun ist, wegen ein paar Strenggläubiger, die einer Religion und einer Kultur anhängen, die in unserem Land fremd ist, die Veranstaltung zu kippen. Was soll damit signalisiert werden? Dass wir uns als

Mehrheitsgesellschaft an fremde Sitten, Gebräuche und religiöse Rituale anpassen? Es wären doch sicherlich noch genügend nicht-fastende Moslems mit kulinarischen Delikatessen zum Schulfest gekommen, um die Veranstaltung trotzdem zu einem Erfolg werden zu lassen. Es spricht nicht für Toleranz, sondern für das inzwischen flächendeckend verbreitete Duckmäusertum, dass sich aus autochthonen Elternkreisen keiner über die Entscheidung, die sicherlich nicht überall auf Zustimmung stieß, beschwert hat.

Man muss kein Prophet sein um vorauszusagen, dass sich auch und vor allem im Schulbereich die Anpassungstendenzen an den Islam immer weiter vertiefen und verfestigen werden. Turnunterricht, Schwimmunterricht und Sexualkunde für moslemische Mädchen, Prüfungen während des Fastenmonats – alle diese Bastionen werden noch fallen. Deutschland macht eine Rückwärtsentwicklung durch, an deren Ende wirtschaftliche Not, Spaltung nach Ethnien und der völlige Verfall der inneren Sicherheit stehen wird.



**BRD 2019: Wenn aus
Ziegenhirten kleine Kalifen**

werden

Von CANTALLOOP | Nicht erst seit dem [großzügigem Einblick in das wahrlich exaltierte Leben](#) des syrischen „Prinzipals“ Abboud Sweid nebst seinen drei Kopftuch-Gemahlinnen und stetig anwachsender Kinderschar wissen wir, dass es in der Tat erfolgreichere Geschäftsmodelle zu geben scheint, als morgens aufzustehen, um anschließend einer mühseligen Arbeit nachzugehen.

Allah hat Abboud, einem guten Moslem, also den Weg nach Deutschland gewiesen. Und hier kann dieser, obgleich er über nicht viel mehr an Bildung verfügt als ein Ziegenhirt, ein exklusives Leben in Luxus und Wohlstand führen. Fast wie ein kleiner Sultan. Und die teutonischen Kuffar haben gefälligst alles zu bezahlen, weil sie ja so reich sind. Falls noch nicht geschehen, wird die Abboud'sche Flüchtlings-Sippe schon sehr bald in ein eigenes, den familiären Verhältnissen angepasstes Refugium nicht unter 200 qm umziehen – und keinesfalls zurück nach Syrien gehen. Man muss sich also innerhalb des Sweid-Clans fortan nie wieder Sorgen um profane Alltagsobliegenheiten machen. Alles wird gut!

Jeder bekommt das, was er verdient

Das „Amt“ wird künftig all diese lästigen Verpflichtungen für Abboud, seine jungen, hippen Hidjab-Ladys und die bislang 13 Kinder erledigen. Sollte je eine Glühbirne oder gar die Waschmaschine defekt sein, werden sie einfach einen Elektriker anrufen und die Rechnung entsprechend weiterleiten. Und wenn der Sachbearbeiter in der Behörde nicht gleich spurt, dann wird man als Familienoberhaupt eben auch mal ein bißchen lauter. Oder man spricht einfach das böse Wort „Nazi“ aus.

So klappte es bislang immer. Dann steht am Monatsende ein ähnlicher Saldo auf Abbouds Kontoauszug, wie ihn auch ein ein deutscher Maschinenbau-Ingenieur, Facharzt oder Philophie-

Professor nach harter und verantwortungsvoller Arbeit generiert. Ein Leben wie in 1001 Nacht eben. Allah sei gepriesen.

Alle sind gleich. Manche sind gleicher

Während Oma Inge und Opa Rudolf auf dem Ku'Damm die Mülltonnen nach Verwertbarem durchsuchen, parken Mohammed, Ibrahim und Abbas, der erlesene Nachwuchs der angesehensten arabischen Familien in Berlin, völlig unbehelligt von umher eilenden Politessen, ihre aufpolierten Mercedes AMG C 63 in zweiter Reihe vor der Shisha -Bar, um morgens so gegen 11 Uhr, den weiteren Tagesablauf bei Apfeltee, süßem Rauch und orientalischem Gebäck zu besprechen.

Sie sind schließlich "Intensivtäter" – und genießen somit den allerhöchsten Respekt in ihrer Community. Anschließend geht es zum Halal-Barbier, um auch Vollbart und den „undercut“-Haarschnitt, an dem sie sich und ihresgleichen sofort erkennen können, angemessen pflegen zu lassen. Jedes Härchen muss genau sitzen. Gleichwohl zeigt man so den deutschen Kartoffeln deutlich, wer hier der „Babo“, der Chef, ist.

Der linke und klassenkämpferisch orientierte Malte-Thorben jedoch, der wie auch seine Mitgenossin Lea-Sophie von der Antifa-Gruppe Süd so gerne hätte, dass doch endlich alle Menschen gleich sind, den Kommunismus gut finden und die Umwelt schonen, achtet beim Vorbeilaufen an der Shisha-Lounge „Arslan“ besonders genau auf seine Schritte, um nicht etwa versehentlich am Edel-Mercedes von Mohammed hängenzubleiben.

Zu gut weiß er, was dann mit ihm geschehen würde. So reißt er im Gehen lieber ein AfD – Wahlplakat ab und wirft es auf den gerade so abbezahlten VW Passat Kombi von Familie Müller-Lüdenscheidt. Diese spießigen Kleinbürger sollen sich gefälligst nicht so anstellen, mit ihrem stinkendem Kapitalismussymbol. Und so fühlt auch er sich dann gleich ein wenig besser.

Bald ist der Arbeitstag geschafft

Während es für den arbeitenden deutschen Steuermichl nun an der Zeit ist, nochmals in die Hände zu spucken, um auch den Rest des Arbeitstages wie gewohnt professionell zu Ende zu bringen, planen Abboud, Mohammed und wie sie alle heißen mögen, auch ihren weiteren Tagesverlauf. Wohlgermerkt nachdem sie von ihrer Damenschar entsprechend beglückt worden sind. Ob sie nun gleich zum Backgammon ins Café Bagdad gehen, oder vielleicht doch vorher noch eine Runde ins Fitnessstudio? Ah – hier kommt noch ein „Memorandum“ für die geschäftstüchtigen Herren via Smartphone; Ali aus der Tuning-Werkstatt „flying-carpets“ meldet, dass die bestellten Breitreifen für den AMG nun endlich eingetroffen sind.

Bevor dann abends in der Moschee der von der DITIB bestellte Imam alle ehrbaren Geschäftsleute aus Orient, Afrika und Türkei wieder vereint, um ihnen zu berichten, wie rassistisch und ausgrenzend diese ungläubigen Deutschen doch allsamt wären. Da sie auch in der 3. Generation alle noch nicht so richtig gut deutsch können, wird ausschließlich Arabisch, Türkisch oder Farsi geredet. Die Sprache der Ungläubigen ist ohnehin haram. Anschließend erscheinen noch Aleeke und Abdullahi aus Somalia auf der claninternen Bildfläche, um, wie gewohnt, den Tagesgewinn vom Görlitzer Park, abzuliefern. Und gleichwohl, um die „neue Ware“ für den nächsten „Geschäftstag“ zu disponieren. Business as Usual eben.

Als Allegorie: ein Sozialhilfeempfänger, flach an Bildung, jung an Jahren, strotzend vor Kraft, – und morgenländischer Provenienz entstammend, flanirt stolz und selbstbewusst in einem Luxusautomobil deutscher Provenienz durch die City. Ein ganz normaler Vorgang zwischenzeitlich in Berlin und auch anderswo, im besten Deutschland, das es je gab.

Ursächlich: linke Identitätspolitik

Das ist im Moment die Symbolik, welche so typisch für den

Niedergang unseres Land erscheint – und einen Sog sondergleichen in die gesamte armuts- und sorgenbeladene islamische Welt entfacht. Nicht weil sie klug, gerissen oder besonders raffiniert sind, führen unsere Neubürger so ein gutes Leben. Sondern nur, weil linke und grüne Identitätspolitik sie so stark, selbstbewusst und unangreifbar gemacht hat!

Linke Identitätspolitik bedeutet vereinfacht dargestellt folgendes; die Partikularinteressen von aggressiven gesellschaftlichen Minderheiten sollen qua „positiver Diskriminierung“ peu a peu in allgemeingültige Standards für die Mehrheitsbevölkerung umgewandelt – und am Besten auch gesetzlich verankert werden. Somit wird das demokratische Prinzip ad absurdum geführt. Laute Randgruppen erhalten über diese Klientelpolitik der Linksparteien die Möglichkeit, eine bevölkerungstechnische Mehrheit zu dominieren. In Berlin funktioniert dies bereits bestens.

Solch ein Gebaren konterkariert natürlich jeden Versuch, eine gesellschaftliche Parität herzustellen. Oder zumindest eine Normalität.

Und im Umkehrschluss – es macht aus Ziegenhirten kleine Kalifen.



Landshut: Nigerianer prügelt auf Zugbegleiter und Polizisten ein

Von MAX THOMA | Wer eine Zugreise tut, der kann was erzählen. Das war zu Zeiten Ludwig Thomas („Erster Klasse“, „Die Lokalbahn“) vor einem Jahrhundert so und gilt heute in besonderem Maße: Es vergeht kaum ein Tag, wo im öffentlichen Nahverkehr keine Vorfälle mehr stattfinden, welche noch vor Jahren undenkbar gewesen wären. Man gebe nur „Nigerianer“ und „Zugbegleiter“ bei google ein ([31.000 Treffer](#) in 0,27 Sekunden). „Zug um Zug“ sozusagen schreitet die unkontrollierte Neuansiedlung archaischer Kulturen im ehemals sicheren Deutschland voran. [80 Prozent der Zugbegleiter](#) haben mittlerweile „Angst, wenn sie ihren Job auf einer Schicht alleine ausüben müssen“. Nicht ganz grundlos:

Am Montag wurden gegen 18.50 Uhr Beamte der Polizeiinspektion zur Unterstützung der Bundespolizei zum Landshuter Bahnhof (Niederbayern) gerufen. Ein 27-jähriger Nigerianer hatte einem Zugbegleiter lediglich „[sein Bayernticket](#)“ ausgehändigt, der Aufforderung, „sich auszuweisen“ wollte er aber nicht nachkommen. Das Bayernticket ist strikt namensgebunden, da gerade mit diesen Tickets oft „Schindluder“ auf den „Schwarzmärkten“ an Bahnhöfen getrieben wird. Vielleicht hat der noch nicht so sprachgewandte Ehrengast von Systemparteien und Steuerzahlern auch die Aufforderung „sich auszuweisen“ in den falschen Hals bekommen.

Das Relocation-Bauchgefühl: Mit voller Wucht in den Bauch

Es entwickelte sich eine zunächst „verbale Auseinandersetzung“. Im weiteren Verlauf ging der 27-jährige Schwarzafrikaner – und – fahrer unvermittelt auf den Zugbegleiter los und schlug auf diesen ein. Beim Eintreffen

des Zuges am Hauptbahnhof Landshut führten Beamte der Bundespolizei bei dem renitenten Merkelgast eine Identitätsfeststellung durch. Dabei ging der aggressive 27-Jährige auf die Beamten los und wollte auch diese schlagen. Im „Integrationskurs“ wurde es versäumt, darauf hinzuweisen, dass sich dies im Schlaf-Affen-Land nicht geziemt. Bei der Schlägerei wurde ein Beamter der Bundespolizei verletzt. Die hinzu gerufenen Kräfte der Polizeiinspektion Landshut unterstützen die Kollegen der Bundespolizei bei der diffizilen Festnahme des 27-Jährigen. Dabei trat der Nigerianer einem der Polizisten mit voller Wucht in den Bauch.

Schließlich gelang es den Polizisten, den Zug-Zombie in Gewahrsam zu nehmen und zum Dienstgebäude in die Neustadt zu bringen. Bei diesem Einsatz wurde ein weiterer Beamter der Polizeiinspektion Landshut leicht verletzt, ein Beamter der Bundespolizei war nach dem Vorfall nicht mehr einsatzfähig. Die Polizei hat gegen den „polizeibekanntem und bereits einschlägig in Erscheinung“ Tretenden (im wahrsten Sinne des Wortes) nun ein Ermittlungsverfahren wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Körperverletzung eingeleitet. Seine Personalien wurden festgestellt.

Die linksgrüne [Landshuter Zeitung](#) titelt völlig missverständlich – wohl mit gezielter Framing-Absicht: „Schläge und Tritte – Zugfahrer greift Polizisten an“.

Immer diese „Zugfahrer“: Die Lokführer-Gewerkschaft GDL hat sogar eine eigene Umfrage zur „Verrohung“ gestartet. Ergebnis: 63 Prozent ihrer Kollegen sind schon körperlich angegriffen worden. 93 Prozent müssen sich täglich Beschimpfungen gefallen lassen. 78 Prozent der befragten Zugbegleiter haben Angst, wenn sie ihren Job auf einer Schicht alleine ausüben müssen. 80 Prozent sind beim Nachtdienst ängstlich. Jeder fünfte hat direkt Furcht vor Gewalt – oder vor Mobbing im Internet, etwa durch Veröffentlichung von Fotos samt Klarnamen. „Dieser Stress macht unsere Kollegen auf Dauer krank“.

Fatale Facetten der illegalen Migration

„Samstags, Sonntags und Feiertags in den frühen Morgenstunden zwischen drei und acht Uhr ist es selbst mit zwei Kollegen gefährlich“, hat ein Zugbegleiter auf den Fragebogen geschrieben. „Die Hemmschwelle zur Gewalt sinkt rapide“, erklärt der Bezirksvorsitzende der GDL, Sven Schmitte. „Unsere Kollegen werden geschlagen, mit Messern und sogar Schusswaffen bedroht“. Eine Ursache laut der Gewerkschaft: Meist kommt es bei der Ticket-Kontrolle zum Krach. „Unser Tarifsystem hier ist zu kompliziert“, erklärte Gewerkschaftsfunktionär Schmitte die Ursachen der zehntausendfachen Gewaltdelikte gegenüber dem Bahnpersonal.

Kleine tägliche Facetten der täglich expandierenden Umvolkungs-Politik, aber zusammengesetzt ergeben sie ein fatales Puzzle des Grauens und der neuen Gewalteskalationen im öffentlichen Raum.

Manfred Weber, EVP-EU-Spitzenkandidat und Massen-Relocation-Spezialist, wurde übrigens am 14. Juli 1972 im pittoresk-mittelalterlichen Landshut im vormals schönen Niederbayern geboren. Mit „Free Interrail“ wollte er ein EU-Mobilitätsprogramm einführen, das den EU-Bewohnern die kostenlose Nutzung eines Interrailtickets auf Steuerzahlerkosten ermöglichen soll, auch um gleichzeitig wirksam [„gegen anti-europäischen Populismus vorgehen zu können“](#). Höchste Eisenbahn – hoffentlich ist der Zug nicht schon abgefahren, Manfred. Aber man muss ja nicht immer schwarz sehen.



Die Schweiz macht's vor: Hassprediger rausgeschafft

Von CHEVROLET | Islamische Hassprediger? In Deutschland werden sie bekanntermaßen herzlich willkommen ihr Unwesen zu treiben. Aber die kleine Schweiz zeigt endlich Härte gegen diese Feinde der europäischen Gesellschaften. Der Imam der An'Nur Moschee in Winterthur im Kanton Zürich [wurde jetzt \(endlich\) ausgeschafft](#), wie es sich in der Schweiz nennt, wenn jemand abgeschoben wird.

Statt im Land der Berge, Fränkli und Schoki, darf er sich jetzt im dafür viel sonnigeren Somalia aufhalten, seitdem Somalia ihn als Bürger des Landes akzeptiert hat. Da der Mann (natürlich) nicht über gültige Reisedokumente verfügte, musste das Staatssekretariat für Migration (SEM) umfangreiche Ermittlungen zu seiner Herkunft durchführen. Zuerst ging man davon aus, dass der hinlänglich bekannte Hassprediger Äthiopier sei, doch letztlich stellte sich heraus, dass er Somalier ist.

Im November 2017 wurde der inzwischen 25-Jährige zu 18 Monaten Haft wegen Aufrufes zu Gewalt und Straftaten verurteilt, und zu einem Aufenthaltsverbot für die Schweiz für zehn Jahre. Ein Jahr später wurde das Urteil durch das Kantonsgericht in Zürich bestätigt. Der Extremist jedoch war schon Ende Februar 2018 wieder in Freiheit, weil seine Haft zur Bewährung ausgesetzt war. Er ergriff daraufhin die Flucht, setzte sich – oh Wunder! – nach Deutschland ab, wurde jedoch aufgegriffen

und in die Schweiz zurückgebracht.

Inzwischen ist die Extremisten-Moschee geschlossen worden. Sie geriet immer wieder im Zusammenhang mit Personen, die zur Terrorgruppe IS gingen, in den Fokus von Behörden und Öffentlichkeit.